



Zivilgesellschaftliches Engagement braucht starke Rahmenbedingungen

Die Engagementstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird am 13.04.2016 im Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestages vorgestellt. Dies nimmt das Bündnis für Gemeinnützigkeit zum Anlass, die vorgelegte Strategie ausdrücklich zu begrüßen. Es sieht die hier niedergelegten strategischen Ausrichtungen der Engagementpolitik als wichtigen Impuls für eine bedeutende Engagement-Landschaft.

In der Strategie heißt es: „Bürgerschaftliches Engagement besitzt einen Eigensinn und bedarf oder unterliegt grundsätzlich keiner Regelung oder Steuerung, benötigt aber gute Rahmenbedingungen“. Das Bündnis für Gemeinnützigkeit teilt dieses Verständnis. 2010 hat das Bündnis in der [Genshagener Erklärung](#) eine „kohärente nationale Engagementstrategie“ gefordert, die zu „einer weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ beiträgt und „förderliche Rahmenbedingungen für die Übernahme von Verantwortung durch bürgerschaftlich Engagierte“ gestaltet. Das Bündnis fordert das BMFSFJ auf, die Strategie jetzt durch Umsetzung mit Leben zu füllen. Darüber hinaus sollte, ausgehend von der Strategie und über das BMFSFJ hinaus, das Thema Engagement von allen Ressorts und der Bundesregierung insgesamt stärker in den Blick genommen werden.

Die Engagementstrategie betont die gesellschaftliche Bedeutung von Engagement: „Bürgerschaftliches Engagement ist heute eine wesentliche Gelingensbedingung für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen“. Das Bündnis für Gemeinnützigkeit weist deswegen auf die notwendigen Rahmenbedingungen hin, die auch im Papier des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend genannt werden, etwa ein engagementfreundliches Arbeits- und Gemeinnützigkeitsrecht, Steuerrecht, Vereinsrecht, Stiftungsrecht oder Zuwendungsrecht. Für starke Rahmenbedingungen setzt sich auch das Bündnis ein und hat aktuell seine rechtspolitischen Forderungen aktualisiert.

Eine gelungene Engagementpolitik wird von der Zivilgesellschaft und dem Staat gemeinsam gestaltet. Das Bündnis für Gemeinnützigkeit wird sich deshalb auch zukünftig mit gesammelter Kraft in die Engagementpolitik einbringen.

Das Bündnis für Gemeinnützigkeit ist ein Zusammenschluss von großen Dachverbänden und unabhängigen Organisationen des Dritten Sektors sowie von Expertinnen und Experten und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Ziel ist es, Identität, Gewicht, Außenwirksamkeit und kooperative Aktionsfähigkeit des Dritten Sektors gegenüber Politik und Verwaltung zu stärken.

Rückfragen: Daniel Grein, Jana Rosenboom, Gerhard Timm

Nähere Informationen zum Bündnis für Gemeinnützigkeit: www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org/